

Marktrat billigt Bebauungsplan

„Kleinfeld West“: Planung weist nun mehr Parzellen für Einfamilienhäuser auf

Wartenberg. (bs) Bei fünf Gegenstimmen wurde der neu erarbeitete Bebauungsplan „Kleinfeld West“, der bereits im Bauausschuss vorgestellt worden war, nun im Marktrat gebilligt. Auch die Ausgleichsfläche mit 7984 Quadratmetern fand bei vier Gegenstimmen eine Mehrheit.

Die gegenüber der Planung vom März vorgelegte Planung weist nun erheblich mehr Parzellen für Einfamilienhäuser auf. Der Plan hat damit statt 21 nun 38 kleine Parzellen und die Grundstücke für Bauträger wurden verkleinert. Das stieß vor allem bei Martina Scheyhing (Die Grünen) auf Unverständnis, da so eine hohe Versiegelung vorgenommen werde und man diese Änderung auf einer nicht repräsentativen Umfrage gemacht habe. Michael Pröbst (CSU) widersprach dem vehement, er klärte auf, dass dies sehr wohl eine repräsentative Umfrage gewesen sei und die alle dafür nötigen Bedingungen erfülle, der nun vorgelegte Entwurf sei „hervorra-

gend“. Dies untermauerte auch Nina Hieronymus (CSU), die betonte, dass alle Wartenberger Bürger die Gelegenheit hatten, sich an der Umfrage zu beteiligen.

Diskussion um Ausgleichsflächen

Dominik Rutz (Die Grünen) war mit der nun konkretisierten Ausgleichsfläche hoch zufrieden und forderte, diese dann auch zügig umzusetzen sowie bezüglich der Bebauung im „Kleinfeld West“ das vorgegebene Ziel – ein Prozent Wachstum des Ortes – einzuhalten und die Bebauung diesbezüglich zu strecken. Über diese zeitliche Streckung wollte Rutz vorab auch abstimmen lassen. Der Bürgermeister kam dem nicht nach, da dies erst beim Finanzierungsplan anstehe.

Simon Grandinger (CSU) sprach sich als Landwirtschaftsmeister gegen eine Ausgleichsfläche aus, die hier gar nicht gefordert sei. Schließ-

lich werde bereits mit dem Bebauungsplan eine große landwirtschaftliche Fläche entnommen und da müsse nicht zusätzlich auch noch Landwirtschaftsfläche für eine Ausgleichsfläche verbraucht werden. Rutz verwies auf Überproduktion von Lebensmitteln, verzichtete aber auf eine sofortige Grundsatzdebatte mit Grandinger.

Michael Gruber (SPD) plädierte für die Vorgängervariante mit weniger Parzellen für Einzelhäuser, da die sich die meisten Bürger nicht mehr leisten könnten. Er schlug vor, die Bürger über beide Varianten in einem Ratsbegehren entscheiden zu lassen. Dieser Meinung schloss sich auch Melanie Falzetta (Die Grünen) an, denn sie glaube, dass die Bürger, welche in der Umfrage die Basis für die Neuplanung gaben, sich bei der Befragung nicht vorstellen konnten, wie dann das Ergebnis ausschauen werde. Isabell Haindl (CSU) betonte, dass man bereits alle Bürger bei der Befragung mitgenommen habe.